

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jürgen Rochlitz**  
**und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**– Drucksache 13/69 –**

**Verlust der Arbeitsplätze bei Alcatel an den Standorten Mannheim, Rochlitz etc.**

1. Wie viele Arbeitsplätze sollen bei dem deutschen Tochterunternehmen von Alcatel-Alsthom an den Standorten Mannheim und Rochlitz bzw. an weiteren Standorten aufgegeben werden?

Erklärungen von Alcatel SEL zufolge ist der Abbau von insgesamt 5 300 Arbeitsplätzen an Standorten im ganzen Bundesgebiet bis Ende 1995 geplant. Durch die Schließung des Werkes in Rochlitz sind davon 390 Mitarbeiter betroffen. Nachdem ursprünglich vorgesehen war, auch das Mannheimer Werk mit 630 Beschäftigten zu schließen, soll dieser Standort nun nach Unternehmensangaben mit reduzierter Belegschaft erhalten werden.

2. In welchem Umfang haben diese beiden Werke Produkte für den militärischen Bedarf entwickelt bzw. produziert? Wie viele Arbeitsplätze waren jeweils in Mannheim bzw. Rochlitz betroffen von dieser militärischen Produktion?

Das Mannheimer Werk wurde Ende der 50er Jahre als reines Produktionswerk für militärische Elektronik gegründet. Produziert wurden schwerpunktmäßig Funkgeräte, Bodenüberwachungsradargeräte und Navigationsgeräte für den Bedarf der Bundeswehr, z. T. auch für andere NATO-Staaten. Nachdem eine Auslastung des Werkes allein mit militärischer Elektronik nicht mehr sichergestellt werden konnte, wurden auch zunehmend

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 5. Januar 1994 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

zivile Produkte in Mannheim hergestellt (z. B. zivile Navigation). Derzeit entfallen an diesem Standort rd. 40 % der Arbeitsplätze auf die wehrtechnische Produktion. Im Jahr 1995 soll dieser Anteil nach Berechnungen von Alcatel SEL u. a. durch den Anlauf eines neuen Produktes auf über 60 % steigen.

Im Werk Rochlitz wurden zu keiner Zeit militärische Produkte entwickelt oder gefertigt.

3. In welchem Umfang hat das Bundesministerium der Verteidigung in der Vergangenheit – noch unter der Regie von Standard Elektrik Lorenz (SEL) – bis heute an den beiden Betriebsstätten Aufträge abwickeln lassen bzw. Produkte für den Bedarf der Bundeswehr in Auftrag gegeben?

Die Bundeswehr hat ihren Bedarf an taktischen VHF-Truppenfunkgeräten, Gefechtsfeldradaren sowie verschiedenen Funknavigationsgeräten aus der Produktion des Werkes Mannheim bezogen.

4. Inwieweit handelt es sich bei den von SEL bzw. Alcatel entwickelten und produzierten Produkten um Teile für umfassendere militärische Projekte entweder der Bundesregierung oder anderer NATO-Staaten?

Der Schwerpunkt der bei Alcatel SEL entwickelten und produzierten wehrtechnischen Produkte sind Teile des Gesamtsystems „Fernmeldesystem Bundeswehr“ bzw. „Fernmeldesystem Heer/Luftwaffe/Marine“.

5. Welcher Anteil der jetzt zum Abbau vorgesehenen Arbeitsplätze geht damit auf das Konto des Bedarfs von Bundeswehr bzw. NATO?

Nach Angaben von Alcatel SEL wird das wehrtechnische Geschäft im Unternehmensbereich Verteidigungssysteme an den Standorten Stuttgart, Pforzheim und Mannheim zusammengefaßt. Der wehrtechnische Bereich ist im nächsten Jahr mit rd. 50 bis 60 Arbeitsplätzen vom Stellenabbau betroffen.

6. Wie schätzt die Bundesregierung ihre Verantwortung zum Erhalt dieser Arbeitsplätze ein, die allein auf der Basis der bisherigen Verteidigungspolitik geschaffen und genutzt wurden?

Aus Sicht der Bundesregierung liegt die Verantwortung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, für die Sicherung von Produktion und Absatz und damit für die Arbeitsplätze grundsätzlich bei den Unternehmen selbst. Sie sind es, die sich auf veränderte Marktsituationen – und dazu zählen auch die Kürzungen in den Verteidigungshaushalten von Bundeswehr und NATO – einstellen und Anpassungsmaßnahmen einleiten müssen, um langfristig erfolgreich agieren zu können und insgesamt möglichst viele

Arbeitsplätze zu erhalten. Die Bundesregierung greift in diesen unternehmensinternen Entscheidungsprozeß nicht ein und sieht sich auch nicht in der Verantwortung für diese Aktivitäten. Dies gilt auch für den Erhalt der vom Abbau betroffenen Arbeitsplätze im wehrtechnischen Bereich von Alcatel SEL.

7. Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, dieser Verantwortung zu entsprechen durch Einsatz von Haushaltsmitteln aus dem Etat des Bundesministeriums der Verteidigung zum Erhalt von Alcatel-Arbeitsplätzen?

Die bei Alcatel SEL für die Wehrtechnik beschäftigten Mitarbeiter sind ausschließlich für Produkte und Systeme für Führung und Aufklärung tätig. Diesem Bereich kommt für die neuen Aufgaben der Bundeswehr eine besondere Bedeutung zu. Auch unter Berücksichtigung der am Weltmarkt angebotenen Produkte sieht die Bundesregierung die Erhaltung einer dafür geeigneten wehrtechnischen nationalen Mindestkapazität als sicherheitspolitisch geboten an. Es ist beabsichtigt, dem im Rahmen der im Verteidigungshaushalt eingestellten Mittel und der damit vorgesehenen Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben Rechnung zu tragen.

8. Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, diese ehemals „militärischen Arbeitsplätze“ mit Hilfe des Verteidigungshaushalts einem Konversionsprogramm zu unterziehen, so daß sie erhalten bleiben?

Neben der Entwicklung und Beschaffung von wehrtechnischen Produkten werden auch zunehmend zivile Produkte und Systeme bei den Streitkräften eingesetzt. Diese Tendenz wird auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik besonders deutlich. Deshalb sind Unternehmen wie Alcatel SEL, deren wehrtechnische Produktpalette auf eine umfangreiche zivile Kompetenz aufsetzt und die – soweit möglich – auch zivile Produkte für den Einsatz der Bundeswehr anbieten, besonders interessant. Bei solchen Unternehmen ist es dann auch sinnvoll, auf die Erhaltung einer wehrtechnischen Mindestkapazität hinzuwirken. Nach Auffassung der Bundesregierung sind Konversionsprogramme vor diesem Hintergrund nicht erforderlich.

